

Vergleich der Kernforderungen des Deutschen Naturschutzing (DNR) zur Bundestagswahl 2021 mit dem Wahlprogramm der Linken



Wahlforderungen DNR DNR DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

Landwirtschaft

EU-Agrarpolitik

Gezielte Stärkung der ökologischen Leistungen im Rahmen der nationalen Umsetzung.

Auf mindestens 10 Prozent der Agrarfläche artenreiche Landschaftselemente (z.B. Brachen, Blühflächen, Gehölze) erhalten oder entstehen lassen.

Mindestens 30 Prozent Eco-Schemes, schrittweiser Anstieg im Laufe der Förderperiode, maximale Nutzung der Umschichtung in die 2. Säule.

Ausstiegspfad aus den pauschalen Direktzahlungen bis 2027.

Klima & Landnutzung

Aktionsprogramm Klima & Landnutzung mit wirksamen Anreizen für Stärkung des Wasser-rückhalts in der Landschaft, Ausbau des Biotopverbunds, flächengebundene Tierhaltung, nachhaltige Weidewirtschaft, naturverträgliche und klimaangepasste Formen der Land-nutzung und der Waldbewirtschaftung.

Nachbesserung des Klimaschutzprogramms 2030 gemäß den Vorgaben im Klima-schutzgesetz.

Stärkere Einbeziehung der landwirtschaftlichen Landnutzung in den LULUCF-Sektor.

Wahlprogramm DIE LINKE **DIE LINKE.**

Landwirtschaft

EU-Agrarpolitik

„Die LINKE setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Ab der kommenden Förderperiode sollen die Zahlungen konsequent an Umwelt- und Sozial-kriterien gebunden werden. Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen Direktzah-lungen erhalten – egal ob groß oder klein, ökologisch oder konventionell. Nach 2020 darf es nur noch Geld für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben. Bei der Flächen-prämie sollen sozialpflichtige Arbeitskräfte berücksichtigt und Investoren ausgeschlossen werden.“

siehe oben

siehe oben

Klima & Landnutzung

„Wir wollen Anbausysteme fördern, die Klima, Böden, Tiere und Pflanzen besonders berücksichtigen (z.B. Paludikulturen, Terra Preta, Agroforstsysteme, tiefwurzelnde Nutzpflanzen).“

Farm-to-Fork-Strategie

Maßnahmenplan zur nationalen Umsetzung der Strategie.

Pestizide

Halbierung des Pestizid- und effiziente Reduzierung des Düngemittleinsatzes in der Landwirtschaft.

Ernährung

Reduktion des Konsums tierischer Lebensmittel und Förderung alternativer Proteinstrategien.

Tierschutz

Verbesserung der Tierschutzgesetzgebung, Erarbeitung von verbindlichen Haltungsvorschriften für Tierarten.

Tierhaltung

Den Umbau der Nutztierhaltung basierend auf den Empfehlungen der Borchert-Kommission (insb. Erweiterung und Verschärfung des Ordnungsrechts, verpflichtende Tierschutzkennzeichnung, Ausstieg aus tierschutzwidrigen Haltungsverfahren, Finanzierung).

Viehichte

Konsequente einzelbetriebliche Flächenbindung der Tierhaltung (max. 2 GVE/ha) mit Programmen zum Abbau von Tierbeständen in den viehdichtesten Regionen und Umbau zu tier- und klimagerechten Haltungsformen.

Antibiotikaeinsatz

Die konsequente Eindämmung des Antibiotikaeinsatzes. Der Einsatz von für die Menschen wichtigen Reserveantibiotika darf nur in Ausnahmefällen erfolgen, wenn keine anderen Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und dies mit einem Antibiotogramm bestätigt wird.

Farm-to-Fork-Strategie



Pestizide

„Wir wollen auf EU-Ebene eine Politik für null fossile Brennstoffe, eine stark reduzierte Tierhaltung und einen drastisch reduzierten Pestizideinsatz bis spätestens 2040. Glyphosat und Neonikotinoide müssen verboten werden. Wir wollen Transparenz und ein strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.“

Ernährung



Tierschutz

„Lücken im Tierschutzrecht müssen endlich geschlossen werden und das Staatsziel Tierschutz ernst genommen werden. Wir wollen ein Verbot von Lebendtiertransporten, die über das Höchstmaß von vier Stunden hinausgehen. Der nächstgelegene Schlachthof soll stets bevorzugt werden.“

Tierhaltung

„Wir wollen auf EU-Ebene eine Politik für null fossile Brennstoffe, eine stark reduzierte Tierhaltung und einen drastisch reduzierten Pestizideinsatz bis spätestens 2040.“

Viehichte

„Wir wollen eine Nutztierhaltung, die tiergerecht und flächengebunden und auf die einheimische Nachfrage bezogen ist. Dazu sollen Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte eingeführt werden. Nicht tiergerechte Massentierhaltung lehnen wir ab. Dazu wird ein sozial gestaltetes Umbauprogramm gebraucht.“

Antibiotikaeinsatz

„Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft muss auf zwingend notwendige Behandlungen begrenzt werden, Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter bestraft werden.“

Ökologischer Landbau

Anhebung des Ausbauziels auf mindestens 25 Prozent der Fläche bis 2030.

Moorschutz

Den schrittweisen Ausstieg aus der entwässerungsbasierten Landnutzung auf Mooren mit einem breit abgestimmten Transformationspfad in der Nationalen Moorschutzstrategie inklusive entsprechender Strukturanpassungsinstrumente.

Gentechnik

Eine Beibehaltung der gesetzlichen Regulierung neuer gentechnischer Verfahren im Rahmen der EU-Freisetzungsrichtlinie. Das Vorsorgeprinzip muss hier weiterhin das oberste Gebot bleiben. Kennzeichnung, Transparenz und Rückverfolgbarkeit sind genauso unabdingbar wie umfassende Risikoprüfung und Zulassungsverfahren.

Einen Einsatz für ein internationales Moratorium gegen die Freisetzung von Gene-Drive-Organismen und eine deutliche Absage an den Einsatz von Gentechnik und Gene Drives unter dem Deckmantel des Natur- und Artenschutzes.

Forstwirtschaft

Ökosystemleistungen

Definition von ökologischen Mindeststandards als Voraussetzung zur möglichen Förderung von Naturschutz- und Ökosystemleistungen im Wald.

Waldumbau

Ausrichtung von Maßnahmen der Wiederbewaldung und des naturnahen Waldumbaus an den Zielen des Naturschutzes sowie den Strategien zur Klimaanpassung.

Nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern der öffentlichen Hand

Bewirtschaftung von Staatswald und Wäldern in öffentlicher Hand soll dem Gemeinwohl dienen und nicht dem Anspruch forstwirtschaftlicher Gewinnmaximierung unterliegen. Vorrang der Entwicklung zu Wildnisflächen anstelle der kostenintensiven Wiederaufforstung.

Ökologischer Landbau

„Wir wollen den Ökolandbau ausbauen.“

Moorschutz

siehe Klima & Landnutzung

Gentechnik

„Wir wollen den Anbau und den Handel mit gentechnisch veränderten Pflanzen verbieten.“

Forstwirtschaft

Ökosystemleistungen

Waldumbau

Nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern der öffentlichen Hand

Zero-Deforestation Strategien

Einführung von Zero-Deforestation Strategien, die von den Unternehmen entlang ihrer Lieferketten verbindlich und transparent umgesetzt werden müssen.

Natur- und Umweltschutz

Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt

Ambitionierte Neuauflage der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) im Sinne eines für alle Ressorts verbindlichen Aktionsplans mit konkreten Zielen und Maßnahmen.

Biodiversitätsprüfung

Prüfung aller Gesetzgebungsvorhaben auf Einhaltung der Klima- und Biodiversitätsziele.

Renaturierungsplan

Erarbeitung eines verbindlichen nationalen Renaturierungsplans gemäß den Vorgaben der EU-Biodiversitätsstrategie mit thematischen Forderungen und quantitativen Zielen. Schwerpunkt bei der Gebietsauswahl auf Gebiete, die gleichzeitig Synergien zum Klimaschutz oder anderen Ökosystemleistungen bieten.

Naturschutzfinanzierung

Qualitätsoffensive für den Naturschutz in Verbindung mit der Schaffung eines Bundesnaturschutzfonds in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich. Stärkere Unterstützung und Finanzierung von Schutzgebieten in den Bundesländern durch Änderung des Grundgesetzes.

Schaffung eines Sonderrahmenplans „Biodiversität“ in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), über den eine gezielte Bündelung von Fördermaßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt, zum Schutz von Mooren und zur Rückhaltung von Wasser in der Landschaft sowie zur Beratung für Naturschutzleistungen erfolgen kann.

Schutzgebiete

Initiierung einer Qualitätsoffensive für Schutzgebiete. Aufwertung der Großschutzgebiete (insb. Naturparke) durch eine Bund-Länder-Initiative, die einen effektiveren Schutz durch

Zero-Deforestation Strategien

„Wir fordern ein Lieferkettengesetz, das den Namen verdient. Unternehmen müssen verpflichtet werden, entlang ihrer Wertschöpfungsketten Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und Umweltzerstörungen auszuschließen. Das beinhaltet eine wirksame Haftungsregel, um die Rechte von Betroffenen in Rohstoffabbaugebieten zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.“

Natur- und Umweltschutz

Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt

Biodiversitätsprüfung

Renaturierungsplan

Naturschutzfinanzierung

„Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren. Damit die EU-Naturschutz-Richtlinien und ihre nationalen Entsprechungen eingehalten werden, müssen sie finanziell gestützt werden. Das Bundesprogramm »Biologische Vielfalt« wollen wir aufstocken. Das nationale Naturerbe wollen wir sichern und ausweiten – finanziert durch einen Naturerbe-Fonds.“

siehe oben

Schutzgebiete

„Zur Kontrolle müssen die Umweltverwaltungen mit mehr Personal ausgestattet werden.“

adäquate Ausstattung der Verwaltungen sowie Anpassung der jeweiligen Verordnungen vorsieht.

Wildnis

Neuausrichtung der Wildnisförderung. Die Bundesregierung muss für ihr Ziel, auf zwei Prozent der Landesfläche wieder großflächige Wildnisgebiete zu schaffen, ihr Engagement weiter verstärken und durch eine Verbrauchsstiftung angemessen unterstützen.

Stadtnatur

Verbindliche Umsetzung und Fortschreibung des Masterplans Stadtnatur sowie Einführung eines Bundesprogramms zum Ausbau blau-grüner Infrastruktur in Städten und im ländlichen Raum zur stadtklimatischen Entlastung und zur Daseinsvorsorge.

Fließgewässer

Ablehnung der deutsch-polnischen Stromregelungskonzeption für die Oder, solange die Planungen nicht im Einklang mit den umwelt- und naturschutzrechtlichen Vorgaben stehen.

Konsequentes Verbot von Wasserkraftanlagen in Schutzgebieten. Rückbauprogramm für unrentable Kleinwasserkraftanlagen und umfassendes Modernisierungsprogramm für die Minimierung der ökologischen Auswirkungen an rentabel wirtschaftenden Wasserkraftwerken.

Meeresschutz

Offensive für die Meere, um ihre Ökosystemleistungen zu sichern und ihre Resilienz in der Klimakrise zu stärken. Der Schutz mariner Arten und Lebensräume sowie der Ökosystemansatz der EU-Meeresschutz-Rahmenrichtlinie müssen ins Zentrum meerespolitischer Entscheidungen rücken.

Mindestens 50 Prozent der Fläche der Meeresschutzgebiete sind aus der wirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und eine ausschließlich nachhaltige Nutzung von Nord- und Ostsee einschließlich eines wissenschafts- und ökosystembasierten Fischereimanagements ist zu etablieren. Eine effektive Kontrolle und Überwachung der Fischerei (und anderer Nutzungen) ist dabei unabdingbar.

Wildnis

„Das nationale Naturerbe wollen wir sichern und ausweiten – finanziert durch einen Naturerbe-Fonds. Auch über diese Flächen hinaus müssen Gebiete zur Wildnis-Entwicklung ausgewiesen werden, um das 2020-Ziel von zwei Prozent Wildnis zu erreichen.“

Stadtnatur

„Der Verdrängung von Kleingärten stellen wir uns mit einem Kleingartensicherungsprogramm entgegen. Stadtgrün, wie Parks, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten (urban gardening), wollen wir durch Investitionen fördern.“

Fließgewässer

„Wir wollen die Wasserrahmenrichtlinie vorantreiben. Dazu gehören die Erhaltung bzw. Wiederherstellung naturnaher Strukturen, die Reduzierung des Schadstoffeintrags durch Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere und die Sicherung von Auenflächen.“

Meeresschutz

„Gemeinsam mit Umweltschutzverbänden fordern wir eine Meeresoffensive: Keine Überfischung, effektiver Schutz mariner Arten und Lebensräume, Meeresschutzgebiete müssen erhalten und ausgebaut werden – mindestens 50 Prozent der Schutzräume müssen aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen werden. Und es braucht mehr Geld und Personal, um Maßnahmen umzusetzen.“

„Wir setzen uns für den Schutz der NATURA-2000-Schutzgebiete in Nord- und Ostsee ein. Die Schutzgebiete sollen frei von Fischerei, militärischer Nutzung, Ressourcenabbau und sonstigen wirtschaftlichen Eingriffen sein. Wir wollen alternative Fangmethoden fördern, um auf grundberührende (Schleppnetze) und lebensraumschädliche Methoden zu verzichten, und eine nachhaltige Fischerei mit Fangquoten, die auf wissenschaftlichen Empfehlungen basieren.“ (s.a. voriger Punkt)

Flächenverbrauch

Begrenzung des Flächenverbrauchs durch Streichung des § 13b im Baugesetzbuch sowie die Entwicklung eines Flächenspargesetzes und eines Bund-Länder-Aktionsplans, um den Netto-Flächenverlust bis zum Jahr 2030 zu stoppen.

Subventionen

Abschaffung von etablierten umweltschädlichen Subventionen.

Europäischer Natur- und Umweltschutz

Europäischer Green Deal

Ambitionierte Umsetzung der Ziele und Maßnahmen des europäischen Green Deals für Klimaschutz und Biodiversität und der darin enthaltenen Farm-to-Fork- und Biodiversitäts-Strategie. Die Bundesregierung muss sich für weitere Ambitionssteigerungen in der EU einsetzen.

Bodenschutz

Eine verbindliche europäische Bodengesetzgebung, um europäischen Bodenschutz innerhalb eines rechtsverbindlichen europäischen Gestaltungsrahmens zu realisieren.

Internationaler Naturschutz

UN-Biodiversitätskonvention

Schnellstmögliche Umsetzung des neuen strategischen Plans der UN-Biodiversitätskonvention (CBD). Erreichen eines Verhandlungsergebnisses, das den Herausforderungen gerecht wird. Ausreichend finanzielle Ausstattung und klare Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen.

Wildtierhandel

Beendigung des illegalen und Einschränkung des legalen Wildtierhandels, so dass die Dezimierung von Wildbeständen durch Naturentnahmen sowie die Verbreitung von Zoonosen und invasiven Arten verhindert wird. Überprüfung des Imports von Jagdtrophäen geschützter Arten sowie Förderung alternativer Einnahmequellen durch nichtkonsumtive Nutzung.

Flächenverbrauch

„Die Neuversiegelung von Boden muss deutlich verringert werden. Neuversiegelungen dürfen nur genehmigt werden, wenn sie mit einer mindestens ebenso großen Flächenentseiegelung in der Region einhergehen. Straßenneubau darf es nur bei einem unabhängig ermittelten Bedarf geben. In den Regionalplänen müssen Entseiegelungspotenziale festgehalten werden.“

Subventionen

„Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren.“

Internationaler Europäischer Natur- und Umweltschutz

Europäischer Green Deal

„Ökologischer und sozialer Systemwechsel: Für einen LINKEN Green New Deal. Das Umsteuern in Richtung einer sozialen und ökologischen Wende muss jetzt beginnen. Ein linker ökologischer und sozialer Systemwechsel hat zum Ziel, das Leben und den Alltag der Menschen zu verbessern. Mit einer sozial-ökologischen Investitions-Offensive wollen wir das ändern. Wir wollen gute Dienstleistungen und öffentliche Angebote für gute Arbeit schaffen – inklusiv, demokratisch und gemeinwohlorientiert.“

Bodenschutz



Internationaler Naturschutz

UN-Biodiversitätskonvention



Wildtierhandel

„Wildlebende Tiere müssen besser geschützt werden. DIE LINKE will Wilderei und illegalen Wildtierhandel bekämpfen. Wir fordern einen Einfuhrstopp für Jagdtrophäen geschützter Arten.“ (s.a. nächster Punkt)

Haltung von Wildtieren

Einführung einer Positivliste, die festlegt, welche Tiere sich überhaupt als Haustiere eignen. Verbot der Haltung von allen Wildtieren in Zirkusunternehmen.

Haltung von Wildtieren

„Die Haltung bestimmter Wildtierarten und die Dressur von Wildtieren in Zirkussen und Delfinarien wollen wir im Sinne des Tierwohls ebenso beenden wie den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen.“

Quellen:

Deutscher Naturschutzring:

Die zweitbeste Zeit ist jetzt. Wie die neue Bundesregierung die Klima- & Biodiversitätskrise stoppen muss. Kernforderungen der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen zur Bundestagswahl 2021. www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2021-DNR_Kernforderungen_zur_Bundestagswahl.pdf

DIE LINKE:

Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.

www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21_Entwurf_Vorsitzende.pdf